

Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Hans Herold, M.A. Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Verträgliche Lösungen statt Ampel-Ideologie!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, anstatt der vorgesehenen Änderungen im Gebäudeenergiegesetz den Ausbau von Fernwärmeinfrastrukturen in den Gemeinden zukünftig aus Bundesmitteln so zu fördern, so dass diese technologieoffen und möglichst flächendeckend - wo wirtschaftlich sinnvoll – entstehen können.

Begründung:

In Bayern gibt es mehr als 2.000 Gemeinden mit unterschiedlichsten Lebensbedingungen und infrastrukturellen Einrichtungen. Gerade die Gemeinden können die verträglichsten Lösungen für bestehende gesellschaftliche Probleme am besten finden. Hierfür brauchen sie jedoch eine entsprechende finanzielle Ausstattung.

Die von der Ampel-Regierung in Berlin ausgerufene Zeitenwende sieht verschiedene Zwänge und Vorgaben vor, die für die betroffenen Bürger mit erheblichen Kosten verbunden sind. Das schürt Zukunftsängste in der breiten Masse der Bevölkerung. Besser ist es, eine Zeitenwende durch positive Förderung und entsprechende Organisation einzuleiten. Hierfür bieten die Gemeinden die richtigen Ansprechpartner.

Um eine verträgliche Umrüstung der Heizungen zu ermöglichen, soll die Bundesregierung den Gemeinden die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um flächendeckend Fernwärmeinfrastruktur zur Verfügung stellen zu können und so ein echtes Angebot zur Umrüstung der Heizungsquelle anzubieten. Je nach regionalen Gegebenheiten kann die Fernwärme unterschiedlich produziert werden. Die Verfügbarkeit bezahlbarer, klimafreundlicher

und zuverlässiger Wärmeversorgung für private wie gewerbliche Verbraucher darf nicht von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune abhängen. Hier steht der Bund in der Pflicht das Erreichen der ambitionierten Klimaschutzziele auch tatsächlich mittels wirksamer Bundesförderung zu ermöglichen.